

Haftstrafen für tödliche Schüsse

Prozess Zwei 21-Jährige werden wegen der Tötung eines 18-Jährigen verurteilt. Nicht alle Fragen wurden geklärt.

Stuttgart. Etwas mehr als ein Jahr nach den tödlichen Schüssen auf einen 18-Jährigen in Asperg sind der geständige Schütze und sein Cousin zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Das Stuttgarter Landgericht zeigte sich am Mittwoch zwar überzeugt vom Ablauf der nächtlichen Tat auf einem Schotterparkplatz der Gemeinde nahe Ludwigsburg. Ungeklärt sei aber auch nach Abschluss des Prozesses und trotz der Geständnisse und Dutzender Zeugenaussagen, warum die Lage eskalieren musste und der 18-Jährige erschossen sowie sein Begleiter schwer verletzt wurde.

Den 21-jährigen Schützen verurteilte die Kammer unter anderem wegen Totschlags zu sieben Jahren Jugendhaft, sein gleichaltriger Cousin muss für fünfeneinhalb Jahre ins Gefängnis. Ein ebenfalls angeklagter 18-Jähriger war bereits aus der Haft entlassen worden, weil er laut Funkzellendaten nicht am Tatort gewesen sein soll. Er wurde freigesprochen.

Laut Gericht hatte sich einer der Angeklagten mit dem späteren, ihm bekannten Opfer im vergangenen April auf dem Parkplatz verabredet, um einen Streit zu klären. Der spätere Schütze begleitete seinen Cousin und trug eine halbautomatische Waffe mit sich. An der Verantwortung des 21-Jährigen ließ das Gericht keinen Zweifel: „Großmannsucht und unreife Unbeherrschtheit“ hätten zu dem „ungeheuren Verhalten“ geführt, sagte der Richter. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *dpa*

13-Jähriger verdächtig

Todesfall Warf ein Junge die Kartusche, die eine Seniorin erschlug?

Karlsruhe. Ein 13-Jähriger soll die Lachgaskartusche aus dem 14. Stock eines Hochhauses in Karlsruhe geworfen haben, von dem am vergangenen Wochenende eine 75-jährige Passantin erschlagen wurde. Eine 15-Jährige habe sich als Zeugin gemeldet, teilten die Staatsanwaltschaft und die Polizei mit. Demnach soll die Teenagerin mit einem weiteren Jugendlichen und dem 13-Jährigen in dem Haus Lachgas konsumiert haben. Der 13-Jährige, der wegen seines Alters strafunmündig ist, habe dann die Metallkartusche über die Brüstung geworfen. Die Seniorin wurde davon am Samstag am Kopf getroffen, sie erlag ihren Verletzungen vor Ort. Zeugen hatten nach dem Vorfall auf mehrere Kinder oder Jugendliche in dem Hochhaus hingewiesen. Der 13-Jährige befindet sich laut Stadt „in stationärer Obhut“. *dpa*

Eine Mutter hält die Füße ihres Neugeborenen. Foto: Imago/Natalia Deriabina/Westend61



In großer Verschwiegenheit

Vertrauliche Geburt Seit zehn Jahren gibt es das Angebot für Frauen, die ihre Schwangerschaft geheim halten wollen. Eine Zwischenbilanz. Von Elisabeth Zoll

In der Schwangerschaftsberatung von Donum Vitae in Heidelberg sind schon viele Tränen geflossen: Frauen kämpften mit sich, weil sie sich nicht zutrauten, ein weiteres Kind aufzuziehen oder weil sie ihr Baby nicht den Gewalttaten des Partners aussetzen wollten, Mädchen fürchteten, wegen einer Schwangerschaft von der Familie verstossen zu werden oder ihren Ausbildungsplatz zu verlieren. Marina Traschütz-Hartmann, Geschäftsführerin des Landesverbandes von Donum Vitae, weiß um solche Ausnahmesituationen. Seit 2003 berät sie Frauen, für die eine Schwangerschaft ein Problem darstellt. „Es gibt da keine Unterschiede. Zu uns kommen Frauen jeden Alters, aus allen Schichten, mit Migrationshintergrund oder ohne.“ Und für jede versucht sie, einen Ausweg aus der Notlage zu finden. Manchmal hilft das relativ unbekanntes Angebot der „vertraulichen Geburt“. Es unterscheidet sich von der „anonymen Geburt“.

Seit genau zehn Jahren gibt es das Angebot der vertraulichen Geburt. Es wurde eingeführt auch als Reaktion auf Babyklappen und weitere Formen der anonymen Geburt. Setzen Frauen ihr Neugeborenes ohne Informationen aus oder legen es in einer Babyklappe ab, haben diese Kinder keine Chance, in späteren Jahren etwas über ihre Herkunft zu erfahren. Viele belastet das ein Leben lang. Bei der „vertraulichen Geburt“ ist das anders.

Das Angebot sei eine „sehr

gute Lösung“, bilanziert Marina Traschütz-Hartmann – für die schwangere Frau und das Kind. „Die vertrauliche Geburt nimmt Frauen viel Unsicherheit.“ Schwangere, die sich für diesen Weg entscheiden, können sich beraten und begleiten lassen, ohne ihre Identität preisgeben zu müssen. Nur einmal füllt die Betroffene zusammen mit einer Beraterin einen Herkunftsnachweis aus. Dieser wird in einem versiegelten Umschlag beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) aufbewahrt. Die Schwangere erhält danach ein Pseudonym und eine Krankenkassensatzkarte, mit der sie jede Arztpraxis oder auch eine Klinik aufsuchen kann. Die Kosten für Behandlungen werden vom BAFzA übernommen.

Doch lässt sich eine Schwangerschaft überhaupt verbergen?

Vertrauliche Geburt

1 Die Identität der Schwangeren ist nur der Beraterin bekannt. Die Personendaten werden verschlossen aufbewahrt.

2 Ab dem 16. Lebensjahr kann das Kind Einsicht in den Herkunftsnachweis erhalten.

3 Medizinische Leistungen wie Krankentransport, Hebammenhilfe oder Klinikaufenthalt werden vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) übernommen.

Überraschenderweise: ja. „Es gibt Schwangerschaften, die man kaum sieht“, sagt Marina Traschütz-Hartmann. Die Schwangere nehme zwar zu, doch mit weiterer Kleidung könnten diese Frauen ihre wahren Umstände lange verbergen. Kompliziert seien vor allem die letzten Wochen. Betroffene müssten in dieser Zeit oft ihr vertrautes Umfeld verlassen und sich an einem fremden Ort einmieten. Das ist schwierig – und eine finanzielle Belastung.

Die Zahl der vertraulichen Geburten ist überschaubar. In den vergangenen zehn Jahren wurden bundesweit 1166 Fälle registriert. In Baden-Württemberg waren es in diesem Zeitraum 100. Doch jeder Fall eröffnet Chancen, vor allem für das Kind. Es wird unmittelbar nach der Geburt in die Obhut des zuständigen Jugendamtes gegeben, das dann Adoptions-

oder Pflegeeltern sucht. Ab einem Alter von 16 Jahren kann der oder die Jugendliche beim BAFzA Auskunft über seine Herkunft verlangen. Unterbinden kann diese die leibliche Mutter nur in Ausnahmefällen. „Dann müsste sie dem BAFzA schon schwerwiegende Gründe angeben“, sagt Traschütz-Hartmann. Die Sozialpädagogin hat aber auch schon erlebt, dass Mütter, die ihr Kind nicht aufziehen können, diesem ein Kuschtier oder einen Brief mitgeben, in dem sie ihrem Kind erklären, warum sie es abgeben mussten oder was sie ihm für seinen weiteren Lebensweg wünschen.

Netzwerke bilden

Das Angebot hat aber auch einen heiklen Punkt. „Zu einer Schwachstelle könnte die Uninformiertheit von Beteiligten im medizinischen System werden“, räumt Marina Traschütz-Hartmann ein. Wenn Sanitäter nach einer „richtigen“ Krankenkassensatzkarte fragen, Klinikbeschäftigte die Frau nach einer stationären Aufnahme auf ihre besondere Situation ansprechen und eine Zimmernachbarin mithört oder sie eine Frau nach einem Kaiserschnitt in der Wöchnerinnen-Station unterbringen, obwohl die Frau gar kein Baby mehr zu versorgen hat. In den Augen der Donum Vitae-Beraterin hilft dagegen nur: Netzwerke bilden und informieren. „Wir als Beraterinnen müssen dafür Sorge tragen und zum Beispiel mit dem Personal in den Kreißsälen sprechen.“ Das sei in vielen Fällen schon gut gelungen.

Anonyme Geburt

1 Die Identität der Mutter bleibt unbekannt, persönliche Daten werden nicht erfasst.

2 Medizinische Begleitung von Schwangerschaft und Geburt ist oftmals schwierig.

3 Kinder haben kaum eine Chance, etwas über ihre Herkunft zu erfahren.

4 Kliniken können Kosten für eine Entbindung nicht abrechnen.

AfD tritt nicht überall mit Listen an

Kommunalwahl Die Rechtspopulisten verzichten am 9. Juni in einigen Großstädten auf eigene Kandidaten.

Stuttgart. Die AfD tritt bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg am 9. Juni in mehreren größeren Städten nicht mit einer eigenen Liste für den Gemeinderat an. Wie die „Stuttgarter Zeitung“ berichtet, hat die Partei etwa in Waiblingen (Rems-Murr-Kreis), Ravensburg und Konstanz keine eigene Liste für die Wahl zum Gemeinderat eingereicht. Auch in Tübingen treten die Rechtspopulisten, anders als 2019, bei der Stadtratswahl nicht an.

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (parteilos) führt das auf seinen eigenen Politikstil zurück. „Durch meine Herangehensweise schrumpft die AfD“, sagte Palmer dem „Spiegel“. Er besetze gezielt Themen wie Migration oder Sicherheit und entziehe somit der AfD den Resonanzraum. Die AfD verweist bei dem Thema auf andere Gründe:



AfD-Landeschef Markus Frohnmaier. Foto: Bernd Weißbrod/dpa

„Wir treten in Tübingen im Gemeinderat nicht an, weil niemand Lust hat, sich den Übergriffen auszusetzen“, sagte ein Mitglied des Kreisvorstandes. Der AfD-Landeschef Markus Frohnmaier sieht keine pauschalen Gründe für das Nichtantreten in mehreren Städten: „An unterschiedlichen Orten gibt es unterschiedliche Situationen.“ *dpa*

Einzige Wölfin überfahren

Umwelt Neuaufbau eines Rudels ist mit dem Unfall erst einmal vom Tisch.

Lenzkirch. Nachdem der wohl einzige weibliche Wolf Baden-Württembergs überfahren worden ist, dürfte der Neuaufbau eines Rudels in weite Ferne gerückt sein. Bei einem Unfall in der Gemeinde Lenzkirch im (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) am Mittwochmorgen war das Tier verendet. „Die Rudelbildung ist in Baden-Württemberg damit erstmal vom Tisch“, sagte Claudia Häufiger, Pressesprecherin des Umweltministeriums. Mit hoher Wahrscheinlichkeit handle es sich bei dem toten Wolf um die ansässige Fähe mit dem Codenamen „GW2407f“. Laut Ministerium war das Tier trächtig. Bereits im Dezember war auf der B500 im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald der einzige Wolfswelp Baden-Württembergs ums Leben gekommen. Nun starb dort wahrscheinlich auch seine Mutter. *dpa*

KLICK MAL REIN

Im Vorfeld der Europawahl hat die Landeszentrale für politische Bildung eine Sonderausgabe mit dem Titel „Deutschland & Europa aktuell“ veröffentlicht. Das 20-seitige Heft richtet sich vor allem an Schüler ab Klasse 10, hieß es. Die Publikation bietet eine Fülle kompakter Informationen rund um die Europawahl 2024. Für den Einsatz im Unterricht seien die Materialien zudem didaktisch aufbereitet, teilte die Landeszentrale mit. Das Heft steht im Internet unter www.deutschlandundeuropa.de kostenlos zur Verfügung. Die Druckfassung ist ebenfalls kostenlos und kann bei der Landeszentrale für politische Bildung bestellt werden. *epd*

Sturz auf dem Gerüst

Ein Mitarbeiter einer Baufirma ist auf einem Gerüst abgestürzt und schwer verletzt worden. Einsatzkräfte der Feuerwehr retteten den 32-Jährigen von dem Baugerüst, er wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Ursache für den Sturz stand zunächst nicht fest.

Bombe gesprengt

In Rastatt ist eine Weltkriegsbombe gesprengt worden. Der 250 Kilogramm schwere Sprengsatz war bei Luftbildaufnahmen wegen geplanter Baumaßnahmen in einem Industriegebiet entdeckt worden. Eine Sperrzone mit einem Radius von 1000 Metern um den Fundort wurde eingerichtet.

„Letzte Generation“ protestiert vor Raffinerie

Karlsruhe. Zwölf Aktivisten der „Letzten Generation“ haben sich am Mittwoch mit Kajaks auf dem Rhein an der Einfahrt zur Raffinerie in Karlsruhe positioniert. Sie hielten ein riesiges Schild mit der Aufschrift „Stop - wegen Klimakatastrophe geschlossen“ in die Höhe. Die Protestaktion beeinträchtigte den Schiffsverkehr laut Polizei nicht. Die „Letzte Generation“ erklärte zur Begründung ihrer Aktion, Ölkonzerne verharmlosten die Konsequenzen ihrer Geschäfte. Die Mineralölraffinerie in Karlsruhe ist eigenen Angaben zufolge Deutschlands größte Raffinerie. *dpa*



Aktivisten blockieren mit Kajaks die Zufahrt zum Ölhafen Karlsruhe.

Lkw-Unfall Tödlicher Aufprall

Fichtenau. Eine 29-jährige Fahrerin ist mit ihrem Transporter an einem Stauende auf der A7 auf einen Lkw aufgefahren und dabei ums Leben gekommen. Der Fahrer im anderen Lastwagen blieb unverletzt, wie die Polizei mitteilte. Die Frau war demnach auf der A7 in Fahrtrichtung Ulm unterwegs und fuhr bei Fichtenau (Landkreis Schwäbisch Hall) ungebremst auf das Stauende auf. Sie starb noch am Unfallort. Die Autobahn war im Anschluss für etwa drei Stunden gesperrt. *dpa*